

# Rat war schnell entschlossen

## Nach sehr sachlichen Beratungen einstimmige Beschlüsse gefaßt

-rb- NACKENHEIM. - Sachliche Beratungen führten in jüngster Sitzung (wir berichteten bereits darüber) zu schnellen, einstimmigen Beschlüssen des Ortsparlamentes. So hob der Rat seinen Beschluß vom Januar 1983 zu Baulinien und Grenzen in verschiedenen Parzellen im Bebauungsplan „Nördliche Pommardstraße“ wieder auf. Die damaligen Voraussetzungen, so der Erste Beigeordnete, seien nicht mehr gegeben. Das Änderungsverfahren wurde eingestellt. Aus fünf Reihenhausplätzen sollten damals sechs Einheiten entstehen.

Einmütigkeit herrschte auch über das Nachtragsangebot der ausführenden Firma im Baugebiet „An der Lehnswende“ für die Herstellung von weiteren 100 Quadratmetern Naturpflaster-Hochbeeteinfassung zum Nachtragsangebot von 5900 Mark. Mit dem gleichen Abstimmungsergebnis verwies der Rat das Thema der Ablöseverträge für Pkw-Abstellplätze in den Ausschuß.

Ortsbürgermeister Günter Ollig erklärte dazu, nach der Landesbauverordnung könne mit Zustimmung der Gemeinde ein Bauherr seine Verpflichtung zur Schaffung von Stellplätzen und Garagen dadurch erfüllen, daß er

an die Gemeinde-einen finanziellen Beitrag leiste. Der Betrag dürfe 60 Prozent der durchschnittlichen Herstellungskosten der Park-einrichtung einschließlich des Grunderwerbs nicht übersteigen. Die Höhe des Aufwandes je Stellplatz oder Garage müsse in einer Satzung festgelegt werden. Ollig sagte, wie die Kostenermittlung ergeben habe, würde sich die Errichtung eines Stellplatzes einschließlich Grunderwerbs und Errichtung der Zufahrt auf rund 6900 Mark belaufen.

Zustimmung gab es auch für die Erschwer-niszulage bei der Ausführung der Elektroar-beiten im gemeindeeigenen Wohnhaus in der Lörzweiler Straße in Höhe von 1050 Mark. Günter Ollig erläuterte, daß es durch die Umstellung von Möbeln und Ausräumen von Zimmern Mehrkosten gegeben habe. Rats-mitglied Alfred Hoffmann (CDU) meinte dazu, die Nachträge würden durch die Inge-nieure nicht sorgfältig vorgeprüft. Künftig müßten sich die Ausschüsse damit stärker befassen. Von 3600 Mark sei man nun auf 1050 Mark gekommen. Auch die Verbands-gemeinde müsse solche Dinge besser „unter die Lupe nehmen“.